

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Wochentagen nachmittags 5 Uhr. Preis: Bei Abholung in der Redaktion 2 Pf., im Monat, bei Zahlung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2,50 RM. (inkl. Porto). Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Wochentagen nachmittags 5 Uhr. Preis: Bei Abholung in der Redaktion 2 Pf., im Monat, bei Zahlung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2,50 RM. (inkl. Porto). Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 296. — 86. Jahrgang. Telegr.-Nbr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Mittwoch, den 21. Dezember 1927

Ein Notprogramm.

Immer und immer wieder haben die verschiedensten Wirtschaftsverbände in Deutschland, namentlich der Reichsverband der deutschen Industrie, die Forderung erhoben, daß die Kosten unserer öffentlichen Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden endlich einmal energisch eingeschränkt würden. Der ständig wachsende Steuerdruck, bei dem die kostspielige Verwaltung die Hauptrolle spielt, verteuert zusehends die Kosten der wirtschaftlichen Produktion und mache sie im Kampf mit dem Ausland immer mehr wettbewerbsunfähig. Jetzt ist von neuem durch alle Spitzenverbände der Industrie, des Handels und des Handwerks eine solche Mahnung in die Öffentlichkeit gebracht worden; doch ergänzt man sie diesmal durch ganz bestimmte Reformvorschläge.

Die Kundgebung verweist darauf, wie gefährlich für unsere wirtschaftliche Entwicklung die Steuererlastung in Reich, Ländern und Gemeinden wirkt; Einzelreformen haben eine Ermäßigung der Gesamtbelastung nicht herbeigeführt, sondern der Steuerdruck ist fortgesetzt gestiegen. Das hat eine Steigerung der Erzeugungskosten herbeigeführt, die einfach eine Verteuerung der Lebenshaltung erzwingt. In den letzten Monaten hat die Steigerung der Selbstkosten in der Produktion und der Warenverteilung einen Grad erreicht, der nach einem etwaigen Abflauen der Inlandskonjunktur zweifellos befürchten läßt, daß der dann um so notwendiger Ansehens an den Weltmarkt gefährdet wird. Diese grundlegende Forderung, den auf der Erzeugung lastenden und sie ungemein verteuern Steuerdruck zu mildern, um die Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland nicht zu verlieren, ist eigentlich so selbstverständlich, daß sich ihr Erzeuger ebenso wie Verbraucher anschließen müssen. Aber diese programmatische Voraussetzung hinaus schlägt nun die deutsche Wirtschaft ganz bestimmte Maßnahmen vor, die den Charakter eines Notprogramms tragen.

Vielleicht hegt man dabei den Gedanken, die Vorschläge durchzuführen zu lassen mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes an die Reichsregierung, wie das Ende 1923 in der Stabilisierungskrise mit vielfach gutem Erfolge geschehen ist. Vor allem verlangt man, daß die Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden im kommenden Jahr sehr erheblich verringert werden, zum mindesten in der Höhe, wie der Reichshaushalt dies mit sechs Prozent vorsieht. Ein weiterer Vorschlag zielt darauf ab, dem Reichsfinanzminister ein entscheidendes Vetorecht einzuräumen gegen jede Erhöhung der Ausgaben, soweit diese im Etat von der Regierung vorgezeichnet sind, sowie gegen jeden Beschluß, der eine spätere Mehrausgabe über den Etat hinaus vorsieht; entsprechende Einrichtungen seien für die obersten Finanzbehörden der Länder und der Gemeinden. Das ist ein Gedanke, der ebenso wenig neu ist wie der dritte, daß Länder und Gemeinden mit sofortiger Wirkung verpflichtet sein sollen, dem Reichsfinanzminister oder seinem Bevollmächtigten auf Anforderung hin jede notwendige Auskunft über ihre Vermögenslage und ihre Verpflichtungen zu geben, besonders über den Stand der fälligen und der schwebenden Schulden. Aber man will das Recht des Reichsfinanzministers noch mehr erweitern: er soll den Ländern gegenüber befugt sein, dort Einspruch gegen die Vorlegung ihres Haushaltsplanes an den Landtag oder gegen den Volkzug eines gegenüber dem Voranschlag erhöhten Haushaltsplanes zu erheben, wenn durch diesen die allgemeinen Richtlinien der Finanzpolitik des Reiches verletzt werden. Wenn man noch den anderen Vorschlag hinzunimmt, nämlich den, die Befugnisse des Reichsfinanzministers noch so zu erweitern, daß tatsächlich eine Gewähr für die Durchführung der von ihm als notwendig erachteten Sparmaßnahmen gegeben ist, so führen diese Anregungen hin zu einer Diktatur des Reichsfinanzministers, zu einer Finanzkontrolle über Länder und Gemeinden, übrigens auch hinsichtlich ihrer Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmungen.

Unbestreitbar sind diese Vorschläge außerordentlich radikaler Natur, ihre Durchführung würde sogar eine harte Beschränkung der parlamentarischen Rechte bedeuten. Wenn in den ersten Januaragen die Konferenz der Ministerpräsidenten sich mit der gesamten Verwaltungsreform befassen wird, so dürfte es unumgänglich notwendig sein, diese Anregungen, dieses Programm der deutschen Wirtschaft eingehend zu prüfen; doch nicht nur zu prüfen, sondern vor allem zu Entschlüssen zu kommen.

Bereinfachung und Sparsamkeit.

Die bevorstehenden Ministerberatungen. Mitte Januar etwa soll die Konferenz der Länderministerpräsidenten im Verein mit der Reichsregierung in Berlin stattfinden. Es soll dabei bekanntlich beraten werden über die Vereinfachung des Verwaltungsapparats in Reich und Ländern. In engster Verbindung damit steht natürlich die Frage sparsamerer Finanzwirtschaft. Zunächst werden zur Aussprache gestellt werden die Einnahme- und Ausgabebeschränkungen der gesetzgebenden Körperschaften und Selbstbeschränkungen der Ministerien in finanzieller Beziehung. Der Gedanke der

Ungewöhnliche Winterkälte in Europa

Eis und Schnee in allen Ländern.

Die Kälte hält an.

Die schon seit einigen Tagen bestehende Kälteperiode hat ganz Europa fast gleichmäßig überflutet, nur in einzelnen Teilen des Kontinents liegen die Temperaturen über Null, zum Beispiel an der Südküste von Island, wo viel Schnee gefallen ist. In Deutschland wurde die größte Kälte aus Schlesien gemeldet. In Dresden stand das Thermometer auf

minus 25 Grad.

Aus Hannover wurden 19 Grad gemeldet. Merkwürdigerweise sind die Gebiete Deutschlands, die sonst immer die größte Kälte zu verzeichnen haben, diesmal von der Frostperiode verschont geblieben. Die nördlichsten Teile in Ostpreußen haben mit die höchsten Temperaturen. In Memel wurden nur minus 2 Grad gemessen, was daraus zu erklären ist, daß von der Ostsee her warme Winde über das ostpreussische Land strömen. Berliner Vororte hatten teilweise 20 Grad Kälte aufzuweisen.

Man erwartet in Ost- und Norddeutschland Schneefälle, während im übrigen Deutschland mit einem Fortbestand des trockenen Frostes zu rechnen ist. Der Nordwind führt unverändert kalte Luft zu. Es herrscht richtiges Weihnachtswetter, über das man sich freuen könnte, wenn es nicht so viele arme Leute ohne Obdach und ohne Kohlen gäbe.

Die Ströme vereist, der Schiffsverkehr gestört.

Das schwere Roßeis hat sich bei der Laverhäute festgesetzt, infolgedessen hat sich das nachrückende Treibeis bis Wismaringen hinaus aufgeschoben, so daß der Fluß auf eine Strecke von drei bis vier Kilometern vollständig zugefroren ist. Ebenso sind die Nebenflüsse der Elbe zugefroren. Auch der Main führt schweres Eis. Der Rhein führt so starkes Treibeis, daß die Schiffe

brüche bei Koblenz ausgefahren werden mußte. Die Bahn ist vollständig vereist.

Zugverspätungen bis zu drei Stunden.

Der harte Frost hat umfangreiche Verkehrsstörungen und Zugverspätungen zur Folge gehabt, da auf den vereisten Schienen nur sehr vorsichtig gefahren werden konnte. Zum Teil waren auch die

Weichen eingefroren.

Infolgedessen verspäteten sich die Züge des Fernverkehrs aus allen Teilen Deutschlands im allgemeinen bis zu einer Stunde.

Som Eise eingeschlossen.

Die kleine Insel Rügen im Greifswalder Bodden ist vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten. Seit vierzehn Tagen sind die Bewohner ohne Milch und jetzt auch ohne Lebensmittel. Jetzt soll der Lokaldampfer „Zwiebot“ versuchen, den Bewohnern Nahrungsmittel zu bringen.

Die Kälteperiode in den wärmeren Ländern.

Selbst das sonnige Italien scheint eine nordische Weihnacht zu feiern. Die Pinien sind vereist, der Bewußtsein gleich einem Alpenberge und die Brunnen sind zugefroren. In der Riviera, in Genua, sind drei Personen, die im Freien nächtigten, erfroren.

Paris weiß 14 Grad Kälte auf, eine für Frankreich selten kalte Temperatur. Auf der Seine fahren Eisbrecher, damit der Schiffsverkehr einigermaßen aufrechterhalten werden kann.

Der ungewohnte harte Frost in England hat überall zu unerwarteten Verkehrsbeschwerden und Zwischenfällen geführt. Zahlreiche Automobile liegen am Straßenrand mit geplatzen Rädern. Die Weichen der elektrischen Vorortbahnen Londons sind eingefroren. Im Westen der Stadt ist ein Hauptrohr der Wasserleitung geplatzt, es 200 Meter Straßenflaster auf und überschwemmte fünfzehn Häuser. Die Straße selbst wurde in eine Eisbahn verwandelt.

Amerika für Zahlungsbegrenzung.

Nach Meldungen aus Washington hat Schatzsekretär Mellon erklärt, der Jahresbericht Parler Gilberts mache lediglich den Vorschlag, festzusetzen, was durch den Dawes-Plan nicht erledigt worden sei. Wenn in ausländischen Erläuterungen zu dem Bericht des Reparationsagenten erklärt werde, Parler Gilbert habe mit dem Vorschlag, den Gesamtbetrag der Reparationen festzusetzen, seine Befugnisse überschritten, so sei dieser Kritik nicht begründet. Mellon fügte hinzu, eine solche Festsetzung des Reparationsbetrages verführe die Frage der Kriegsschulden der Alliierten nicht. Sollte eine Festsetzung des Gesamtbetrages erfolgen, so würden die Verhandlungen direkt zwischen deutschen Vertretern und denen der Reparationen empfangenden Länder vor sich gehen, nicht durch Vermittlung der Dawes-Kommission. Deutschland müsse wissen, was es seinen früheren Feinden schulde. Gilberts Anregung sei daher „einfach und notwendig“. Wenn bei der Festsetzung der deutschen Reparationssumme von „weniger als zwei Jahren“ gesprochen werde, so sei damit gemeint, daß der Umfang der deutschen Verpflichtungen unter allen Umständen am Ende des ersten Jahres der vollen deutschen Jahreszahlungen feststehen sollte, also am Ende des am 1. September 1928 beginnenden Zahlungsjahres.

Der Fall Kolbe beigelegt.

Die Untersuchung geht weiter.

Das Reichswehrministerium gibt bekannt: Der Kreuzer „Berlin“ lag Ende November einige Tage vor Ebersförde zur Ergänzung seiner Ausrüstung für die Austreise. Beim Kommandanten des Kreuzers „Berlin“, Kapitän Kolbe, war von dritter Seite angeregt worden, dem Großadmiral Prinz Heinrich von Preußen Gelegenheit zu geben, die neuen Einrichtungen des Kreuzers „Berlin“ ansehen zu dürfen. Der Kommandant fragte bei der ihm vorgelegten Dienststelle an, ob dazugehörige Bedenken beständen. Da von dort Einwendungen gegen den Besuch nicht erhoben wurden, wurde der Anregung Folge gegeben. Der Besuch fand am 24. November um die Mittagsstunde statt. Nachdem der Kapitän einige Einrichtungen des Schiffes in Augenschein genommen hatte, folgte er der Einladung des Kommandanten zur Teilnahme an seinem Mittagessen in der Kommandantenkajüte, bei dem außer den beiden Herren nur noch zwei Offiziere zugegen waren. Kurz nach zwei Uhr verließ der Großadmiral den Kreuzer und richtete, als er an einem Teil der dienstlich auf Beschäftigten Mannschaften vorbeiging, einige Worte an diese, in denen er lediglich in bezug auf seinen eigenen Aufenthalt in Ostasien den Ausreisenden glückliche Heimkehr wünschte.

Bei dieser Sachlage ist das Verhalten des Kommandanten des Kreuzers „Berlin“ nicht zu beanstanden, da er

Französische Stellung zu den Reparationszahlungen.

Poincaré will sprechen.

Von der Agentur Havas wird eine offenbar von den obersten amtlichen Stellen in Paris veranlaßte Erklärung zu der im Bericht des Reparationsagenten Parler Gilberts angelegentlich Revisionsmöglichkeit für den Dawes-Plan verbreitet. In dieser Erklärung wird gesagt, man habe bemerken können, daß die in den englischen Zeitungen erschienenen Nachrichten anzukündigen schienen, die Revision würde zu einem ziemlich nahen Zeitpunkt erfolgen, während die Nachrichten aus deutscher Quelle behaupteten, daß der Dawes-Plan im Verlaufe des Jahres 1928 schließlich abgeschafft werden würde. Die interessierten Regierungen würden sich darüber einigen, den Betrag der deutschen Gesamtschuld festzusetzen.

Es ist angebracht, diese Nachrichten nur mit äußerster Zurückhaltung aufzunehmen, heißt es in der französischen Veröffentlichung weiter. In Frankreich beobachtet man in den maßgebenden Kreisen völliges Stillschweigen. Es ist jedoch anzunehmen, daß der Ministerpräsident demnächst Anlaß nehmen wird, die Stellung der Regierung zur Frage der Reparationszahlungen bekanntzugeben.